



Beratungsvorlage

Vorlage Nr.: 0055/2022

Az.

Integrationsmanagement - Befristete Erhöhung des Deputates der Integrationsmanagerin Caritas bis zum 31.12.2022

Amt:	Hauptamt	Datum: 20.04.2022
Beratungsfolge:	Sitzungstermin:	
Gemeinderat	09.05.2022	öffentlich

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt die befristete Erhöhung des Deputates der Integrationsmanagerin Caritas für Münstertal von 80 % auf 100 % vom 01.06.2022 bis zum 31.12.2022. Dies führt zu monatlichen Mehrkosten i.H.v. 951,76 Euro (Arbeitgeberbrutto).

Begründung:

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen:

- | | | |
|---|-------------------------------|-----------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein | Finanzposition: |
| <input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung | | Kosten: |
| <input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung | | 6.662,32 Euro |
| <input type="checkbox"/> Folgekosten | | Höhe: |

Erläuterungen:

Sachverhalt:

Durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine sind im Münstertal bereits ca. 60 Flüchtlinge privat untergebracht worden. Ein Großteil davon im Kloster St. Trudpert. Diese kommen zu den bereits zu betreuenden Flüchtlingen im Münstertal (ca. 70) ebenfalls hinzu.

Das Integrationsmanagement erfolgt durch eine Kooperationsvereinbarung mit den Gemeinden Bollschweil, Ehrenkirchen, Heitersheim, Ebringen, Schallstadt, Au, Ballrechten-Dottingen, Horben, Merzhausen, Pfaffenweiler, Sölden, Au und Münstertal, sowie der Caritas. Die Finanzierung des Integrationsmanagements erfolgt dabei über Gelder, die das Land Baden-Württemberg im Rahmen des Paktes für Integration zur Verfügung stellt.

Frau Schettler ist für die Gemeinde Münstertal als Integrationsmanagerin mit einem Stellenanteil i.H.v. 80 % zuständig. Sie wird zur bisherigen Beratung im Rathaus (Montag und Mittwoch) auch an einem weiteren Tage im Kloster St. Trudpert vor Ort sein, da dort die zahlenmäßig am meisten geflüchteten Menschen untergebracht sind.

Die Gemeinde befürwortet eine weitere Aufstockung des Stellenanteils auf 100 %. Aufgrund der großen Anzahl an Geflüchteten in Münstertal ist ein Stellenanteil i.H.v. 80 % zu gering um die große Beratungsnachfrage zu bewerkstelligen. In der Hochzeit hat dies das Bürgerbüro versucht abzufedern., Diese Arbeit soll aber in dafür vorgesehene Hände gegeben werden.

Da die weiteren 20 % jedoch vorerst nicht über den Integrationspakt bezuschusst werden (weitere Förderprogramme sind in der Planung) empfiehlt die Verwaltung die Kosten hierfür befristet von 01.06.22 bis 31.12.22 selbst zu übernehmen. Diese betragen 951,76 Euro (brutto) monatlich, also insgesamt 6662,32 Euro. Gleichzeitig sollen alle in Frage kommenden Förderprogramme, soweit Sie dafür vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden. Weiter sollen Gespräche im Rahmen der Kooperationsvereinbarung und den beteiligten Gemeinden geführt werden. Diese sollen in Kürze stattfinden.

Anlage

Soforthilfe Integration Vertriebene aus der Ukraine